

Gemeinsame Erklärung der französischen Gewerkschaften zur Lage in der Türkei

Gemeinsame Erklärung von CFTD, CFE-CGC, CFTC, CGT, FO, FSU, Solidaires und UNSA

23. November 2016

Die Nachrichtenaus der Türkei beunruhigen uns immer stärker.

Seit dem vereitelten Staatsstreich vom 15. Juli gilt im ganzen Land der Ausnahmezustand. Die Regierung arbeitet mit Dekreten, gegen die keinerlei Einspruchsmöglichkeiten bestehen.

Unter dem Vorwand, die Netze derjenigen, die man für die Verantwortlichen hält und welche als Terroristen bezeichnet werden, sowie diejenigen, denen man Verbindungen zum Terrorismus unterstellt, zu bestrafen, wurden 111.000 Personen per Dekret entlassen oder vom Dienst suspendiert. Dies betrifft 48.500 Beschäftigte im Bereich Bildung und Hochschulen, 34.000 im Gesundheits-, Justiz- und Innenministerium sowie 22.000 bei der Polizei.

Auch die Medien stellen eine wichtige Zielscheibe dar: 170 wurden geschlossen, 777 Presseausweise wurden eingezogen, 2500 Journalisten wurden entlassen, 105 inhaftiert und insgesamt befinden sich derzeit 142 Journalisten in Haft.

Nach dieser ersten Verhaftungswelle (mehr als 36.000) und nach den vielen Entlassungen wurde in der ersten Novemberwoche noch einmal deutlich an der Repressionsschraube gedreht und die Willkürherrschaft wurde zur Regel.

Am 29. Oktober, dem Gründungstag der Republik, wurden weitere 10.000 Beamte von den Behörden entlassen; gleichzeitig schließen die Behörden 15 weitere Medien und sie liessen die Rechte von Rechtsanwälten einschränken. Die Rektoren der Universitäten werden seitdem nicht mehr gewählt, sondern vom Präsidenten der Republik bestimmt.

Im Morgengrauen des 31. Oktober führte die türkische Polizei Hausdurchsuchungen in den Wohnungen mehrerer Journalisten der türkischen Oppositionszeitung «Cumhuriyet» - zu deutsch «Die Republik» - durch und verhaftete neun von ihnen.

Am 1. November wurde ein staatlicher Verwalter für die grösste Stadt im Südosten der Türkei, Diyarbakir, ernannt, in der eine kurdische Bevölkerungsmehrheit lebt. Die bisherigen Zweiten Bürgermeister, denen terroristische Aktivitäten vorgeworfen wurden, waren zwei Tage zuvor in Haft genommen worden. Etwa zwanzig weitere Bürgermeister aus der Region hatten bereits im September das gleiche Schicksal erlitten.

Am 4. November wurden die stellvertretenden Vorsitzenden und mehrere Abgeordnete der Demokratischen Partei der Völker (HDP) festgenommen und sie befinden sich in Untersuchungshaft. Die HDP ist die drittgrösste Partei in der Nationalversammlung, seitdem sie bei den Wahlen im Juni 2015 13% - sechs Millionen Stimmen - erhalten hat.

Die Behörden missachten bewusst die geltende Verfassung und bemühen sich, jegliche Opposition mundtot zu machen. Der Rechtsstaat ist dabei zu verschwinden und an seine Stelle tritt etwas, was man beim Namen nennen muss: eine Diktatur.

Nichts kann diese kollektiven Säuberungen rechtfertigen, die sich auf keinerlei Beweise für strafwürdiges Verhalten stützen.

Im Lichte dieser schwerwiegenden Situation unterstützen wir die Gewerkschaften, die die sofortige Wiedereinstellung sämtlicher entlassener oder suspendierter Beschäftigten verlangen.

Wir solidarisieren uns vollständig mit den türkischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften in diesen schwierigen Zeiten, in denen die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten gewaltsam angegriffen werden.

Wir fordern die französischen Behörden und die Verantwortlichen der Europäischen Union auf, dafür zu sorgen, dass die Türkei insbesondere die Europäische Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten, die sie unterschrieben hat, auch einhält.

CFDT, CFE-CGC, CFTC, CGT, FO, FSU, Solidaires und UNSA

Paris, 23. November 2016

Quelle:

http://www.humanite.fr/sites/default/files/declaration_commune_des_os_sur_situation_en_turquie.pdf

<https://solidaires.org/Declaration-commune-des-organisations-syndicales-de-France-sur-la-situation-en>

http://www.cgt.fr/Les-organisations-syndicales-43960.html?debut_premier_article=20#pagination_premier_article